

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 23 (1982)
Heft: 13

Artikel: Rumänien markiert aussenpolitische Sonderprofile, hat aber seine systemgerechte Krise intern
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093796>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Rumänien markiert aussenpolitische Sonderprofile, hat aber seine systemgerechte

Krise intern

Rumänien zeigt sehr sich um Weltlage und Friedensgefährdungen besorgt. Zur Zeit des Waffenganges in Libanon weilte Staats- und Parteichef Nicolae Ceausescu in Jordanien und wies von dort die «israelischen Aggressoren» in die rhetorischen Schranken. Unmittelbar zuvor hatte er sich in Irak als Vermittler Richtung Iran empfohlen. Hinter der Sorge um die Welt hat Ceausescu freilich auch nähere Sorgen: mit dem eigenen Land, in welchem es gehörig kriselt.

Bei seinen internationalen Auftritten wird Rumänien seit zwanzig Jahren vom Ruf begleitet, ein Sonderfall im Sowjetlager zu sein. Tatsächlich hatte man in Bukarest immer wieder aussenpolitische Weichen anders gestellt als in Moskau, und obwohl die Abzweigungen meist nicht viel weiter führten als bis zum nächsten Parallelgleis, ist das Image des Anderstuenden geblieben.

Soweit «deshalb» ein analoges Image des ordnungspolitisch Andersdenkenden entstand, war es ohnehin ungerechtfertigt. Rumänien zeigte sich den osteuropäischen Liberalisierungstendenzen gegenüber sogar besonders resistent, und die Parteiherrschaft hat kontinuierlich stalinistische Züge getragen. Verbunden ist sie allerdings noch mit einer ausgeprägten Sippenherrschaft derer von Ceausescu.

In diesem Land nun tut sich eine Wirtschaftskrise kund, wie sie (von Ungarn abgesehen) auch den übrigen Ostblock heimsucht. Hinzu kommen oben im Führungsapparat noch Rivalenkämpfe, bei denen die Unterlegenen als Sündenböcke für die Misere herhalten müssen. Aber alles findet im Rahmen der System- und Sippen-erhaltung statt, und die Bevölkerung hat dazu nichts zu sagen und davon nichts zu erhoffen.

Säuberung

Im April dieses Jahres offenbarte sich die innere Krise in Rumänien in einer kräftigen Säuberung. Ranghöchstes Opfer war die Erziehungsministerin Aneta Spornic, Mitglied des Ständigen Komitees, wie man in Rumänien das höchste Exekutivgremium der Partei nennt, das anderswo Politbüro heisst. Ihrer Posten enthoben wurden ferner einige Minister, Vizeminister, Chefredaktoren, Akademiemitglieder und sonstige «höhere» Intellektuelle. Und machtmässig sicher von Belang war die Absetzung von zwei Generälen des Sicherheitsdienstes:

— Vasile Moisie, auch Vize-Innenminister, und
— Gheorghe Zagomanu, auch Staatssekretär im Innenministerium.

Diesmal freilich hatte die Säuberung auch ihre Breite. Wegen ungenügender Feindbekämpfung gemassregelt wurden rund 1800 Parteifunktionäre.

Ihnen hat man «Mangel an klassenbewusster

Wachsamkeit gegenüber dem ideologischen Feind» vorgeworfen. Wenn als konkreter Feind zum Beispiel eine in Genf beheimatete Gruppe für «Transzendente Meditation und Yoga» genannt wird (wie beim «Fall Spornic»), sieht das eher komisch aus, doch ausländische Zentren werden eben so oder so benötigt, sobald es ans Strafen geht. Die Warnung vor «subversiven Tätigkeiten» und «antisozialistischen Umtrieben» ist Standard, und Rumänien hatte sich — «Son-

derzüglein» hin oder her — ab 1980 immer militant gegen den «polnischen Bazillus» gewehrt.

Spezifischer ist die Kampfansage an Elemente, «welche versuchen, Rumänien aus dem Warschauer Pakt und der Sozialistischen Gemeinschaft herauszulösen». Ceausescu hatte je nach jeweiliger Kredithoffnung nichts dagegen, wenn man ihm selbst im Westen solche Versuche zumutete, aber er kann es nicht zulassen, dass diese Version im Lande selbst geglaubt wird. Ob aller Unabhängigkeitsbekundungen auf Spezialgebieten darf niemand an der Loyalität zu Moskau in der Hauptsache zweifeln, vor allem nicht die Sowjetführung.

Misere

Die politideologischen Winke sind zu beachten, die bei Gelegenheit bei einer Säuberung mitwirken. Doch vor allem braucht Rumänien ganz einfach Schuldige für den Zustand der Verelendung, in der sich das rumänische Proletariat dank Sozialismus befindet.

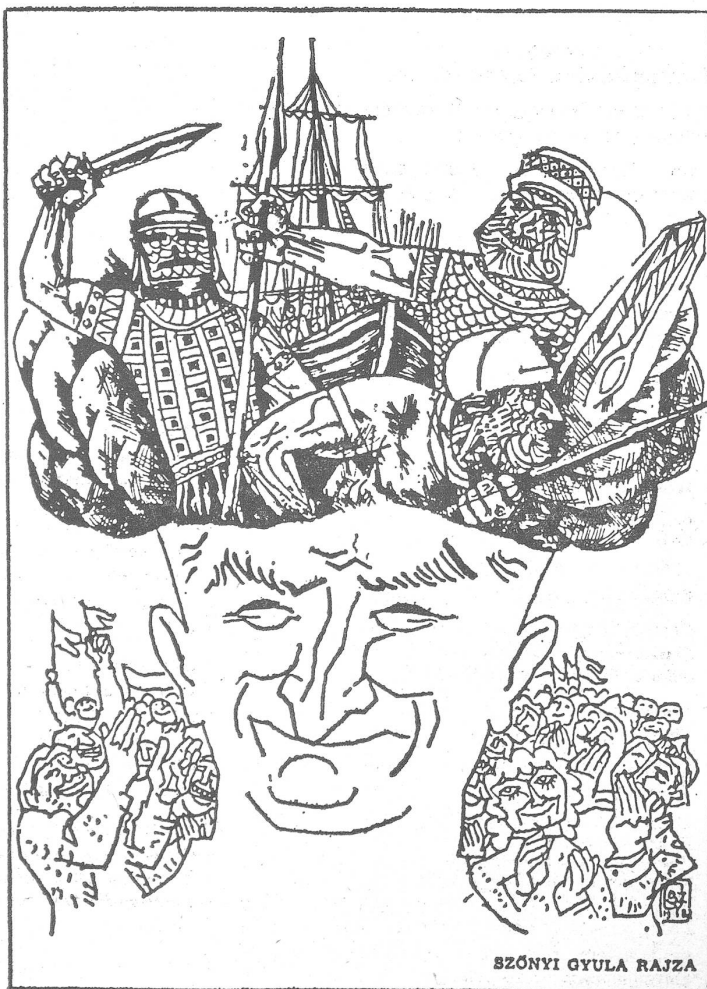
Nach 36 Jahren Aufbau liegt die Volkswirtschaft darnieder.

● Die Auslandsschulden werden auf 14 Milliarden Dollar geschätzt; das Land ist zahlungsunfähig.

● Die Kapitalspritzen aus dem Westen haben kein Wirtschaftswunder in Gang gesetzt. Die Versorgungskrise nimmt katastrophale Aus-

Geradezu ein Unikat ist diese ungarische Spottkarikatur auf den rumänischen Staats- und Parteichef Ceausescu. Sie verspottet als Hirngespinnst seine Theorie über die Daker (Volk im Altertum) als erste rumänische Nation. Auch deutet die Zeichnung an, dass dieser Geschichtsmythos zur Aufheizung des Nationalgefühls gebraucht wird. («Nepszabadsag», Budapest, 13. 3. 1982)

Dass Führer von Bruderländern in Humorzeichnungen reproduziert werden, ist im Sowjetlager ohnehin eine Rarität. Aber Spottkarikaturen mit polemischer Absicht kommen sonst einfach nicht vor. Ein echter Sonderfall also.



masse an. Es fehlt fast an allem, an Brot, Mais, Fleisch und Reis.

● Die Rationierung von Mangelwaren funktioniert nicht mehr. Sie sind einfach nicht vorhanden, wenigstens für gewöhnliche Leute, die weder über Protektion noch über schwarz angehobene Kaufkraft verfügen.

● Wie inexistent zum Beispiel die Milchversorgung ist, zeigt ein Beispiel: Eine von Radio Budapest (in Rumänien gibt es eine grosse ungarischsprachige Minderheit) ausgestrahlte Werbekampagne «Milch statt Alkohol» wurde in der rumänischen Parteipresse als «antisozialistische Provokation» bezeichnet. Weil sie nur als Hohn empfunden werden kann von der Bevölkerung eines Landes, in dem es nicht einmal für Kinder genügend Milch gibt.

Clan

Angesichts dieser Zustände braucht es Sündenböcke, und darunter ein paar hohe. Was dabei intakt bleibt, ist das Familienunternehmen Ceausescu, das weitgehend Partei und Staat führt.

— Ministerpräsident Konstantin Dascalescu gehört, nicht anders als seine Vorgänger, durch Heirat zum weiteren Familienkreis des Chefs.

— Frau Elena Ceausescu, die Gattin, ist unter anderem Präsidentin der Akademie der Wissenschaften und kann nach Belieben bei der Vergabe von Posten im wissenschaftlichen Bereich mitreden (oder ihr Veto einlegen).

— Nicu Ceausescu, der Sohn, ist Sekretär des Kommunistischen Jugendverbandes.

— Gheorge Petrescu, ein Schwager, ist Stellvertretender Ministerpräsident.

Dem Prinzip der Familienunantastbarkeit scheint zu widersprechen, dass auch der Aussen-

handelsminister Cornel Burtica, verheiratet mit einer Nichte von Ceausescu, abgesetzt wurde. Doch stürzte man ihn nicht kompensationslos, sondern erhob ihn zum Trost in den Rang eines Stellvertretenden Staatsratsvorsitzenden.

Nationalmythos

Neben der Sündenbockpolitik betreibt Rumänien auch Ablenkungspolitik.

Eines ihrer Mittel ist eine tüchtige chauvinistische Demagogie (die allerdings einen — erträglichen — Gegensatz zum sowjetisch befürworteten «Internationalismus» darstellt). Das rumänische Volkstum wird mit heroischen Gesten nach aussen verteidigt und nach innen aufgebläht, so dass sich die ohnehin diskriminierten nationalen Minderheiten (Ungarn, Deutsche, Ruthenen) auch noch minderwertig vorkommen müssen. Die neueste Masche ist die Entdeckung der Daker als Ur-Rumänen im Altertum. Man macht daraus eine homerische Mythologie, die aller-

dings zum Beispiel in Ungarn auch homerisches Gelächter hervorruft.



Richtet sich das grossgeschriebene rumänische Nationalbewusstsein nicht gegen die Sowjetunion? Am Rande schon, aber die Kompensation ist für die Sowjets auch da:

● Die Diktatur einer chauvinistischen Sippe in Rumänien dient immerhin der Erhaltung des Sowjetmodells. Ceausescus Partei bekämpft mit Vehemenz jede sozialkritische Regung im Inland, und das kann dem Kreml nur willkommen sein, anders als die Emanzipationsbewegungen à la Prager Frühling in der Tschechoslowakei oder Solidarnosc in Polen.

● So lange der Westen dem «eigenwilligen Rumänien» wirtschaftlich unter die Arme greift, entlastet das auch die Sowjetunion.

Insgesamt leistet sich Rumänien seinen «Sonderkurs» nicht auf Kosten der Sowjetunion, sondern auf Kosten des Volkes. or

Friedenskirche

(Fortsetzung von Seite 9)

Öffentlich besorgt zeigen sich ihrerseits die staatlichen Aufsichtsorgane über die Kirche. Das kam erst kürzlich auf einer Konferenz zum Ausdruck, die vom Erzbischof von Erlau einberufen worden war. Als Redner trat dort Staatssekretär Imre Miklos auf, der Leiter des Staatsamtes für kirchliche Angelegenheiten. Er führte aus:

«In der Kirche kommen gewisse fehlerhafte Anschauungen zum Vorschein. Einige behaupten, der Militärdienst sei vom kirchlich-religiösen Standpunkt aus unzulässig.»

(«Uj Ember», Budapest, 8. Mai 1982: «Der Dialog von Erlau».)

Die schlichte Wendung «in der Kirche» bedeutet hierbei wohl ein Eingeständnis. An sich würde die sozialistische Sprachregelung eher heissen, von fremden Elementen zu sprechen, die sich in die Kirche einzuschleichen suchten. Das ist in ungefähr analogen Fällen der Tenor in der Tschechoslowakei, wo man unbotmässige Priester nicht nur suspendiert, sondern auch verhaftet.

Nur fünf Jahre zuvor hatte sich in Ungarn der gleiche Staatssekretär Miklos noch wesentlich militanter ausgedrückt, als er pazifistische Strömungen in der reformierten Kirche qualifizierte. Vor der Synode der Ungarischen Reformierten Kirche sagte er 1977:

«In letzter Zeit sind solche Versuche ganz offen unternommen worden. (...) Ueberall finden wir die gleichen Wurzeln: sinnlose Konzepte, die ausländischen politischen Interessen gut entsprechen.»

(«Reformatusok Lapja», Wochenzeitung der reformierten Kirche, Budapest, 6. Februar 1977.)

Der Misston beim Jugendtreffen

Inzwischen ist es in der katholischen Kirche Ungarns schon zu einer Art augenfälliger Kraftprobe zwischen Hierarchie und «Basisgruppen» gekommen.

Das war Ende Mai dieses Jahres anlässlich eines Jugendtreffens in Nagymaros. Bei dieser Veranstaltung der katholischen Kirche nahmen zudem calvinistische und lutherische Jugendliche teil. Nun wollten auch die katholischen Basisgemeinschaften an der Gestaltung eines Gottesdienstes mitwirken, aber auf Anweisung des Primas wurde es ihnen verboten. Gegen diesen Entscheid protestierte eine Anzahl junger Leute durch demonstrativen Auszug aus der Kirche.



Artikel 63, Absatz 2 der ungarischen Verfassung hält fest: «Im Interesse der Gewährleistung der Gewissensfreiheit sind in der Ungarischen Volksrepublik Kirche und Staat getrennt.» Schon das Staatsamt für kirchliche Angelegenheiten widerspricht mit seiner Existenz und seiner Aufsichtsfunktion diesem Grundsatz. Ferner ist es der Kirche gesetzlich verboten, Politik zu treiben; sie soll sich auf die Seelsorge beschränken. Diesem theoretischen Soll widerspricht praktisch das Einspannen der Kirche in die sogenannte Friedenspolitik des Staates, welche gleichzeitig die Stärkung des Kriegsapparates im sozialistischen Lager abstützt.

Der Aufbruch einer katholischen Basisbewegung gegen Militär und eigene kirchliche Obrigkeit zugleich macht die Diskrepanz zwischen Theorie und Praxis sichtbar, sowohl auf dem Sektor Kirche als auch auf dem Sektor Frieden. Die Konfrontation veranlasst gleichzeitig die kirchlichen Vertreter des offiziellen Friedens, ihre Militärfreundlichkeit öffentlich an den Tag zu legen.

Wie staatsfromm darf die Kirche sein? Ein reformierter Pfarrer in Ungarn hat an die Adresse seiner Kirchenführung den Wunsch der Gläubigen so ausgedrückt:

«Die Kirche soll dienen, aber nicht als Bedienstete.» ■

ZEITBILD erscheint alle zwei Wochen

Redaktion - Administration - Anzeigenverwaltung

Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6
Tel. 031 43 12 12. Telex 32728 soi ch

Telegramm Schweizost

Postcheck ZeitBild 30-24616, Banken: Spar+Leihkasse Bern 153.400.2.03, Deutsche Bank Frankfurt a. M. (BLZ 500 700 10) 78-2409

Printed in Switzerland ISSN 0044-2100

Verantwortlicher Herausgeber und Verlag
Schweizerisches Ost-Institut AG (SOI)
Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6

Redaktion
Peter Sager, Christian Brügger

Administration und Anzeigenverwaltung
Peter Dolder

Abonnementspreise (Inland)
Fr. 39.— jährlich
Studenten und Lehrlinge Fr. 25.—
Einzelnummer Fr. 2.—

ZB-Auslandpreise
Fr. 42.—/DM 48.—
Studenten Fr. 28.—/DM 32.—
Einzelnummer Fr. 2.50/DM 2,80